



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

**Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Aus Landwirtschaft, Industrie und Handel

**Aus der deutschen Landwirtschaft.** Wenn irgend ein Erwerbstand im Deutschen Reiche Grund hat, mit den wirtschaftspolitischen Entscheidungen des letzten Winterhalbjahrs zufrieden zu sein, so ist es die deutsche Landwirtschaft. Der Kapitalgewinn, der den landwirtschaftlichen Grundbesitzern allein durch die Festlegung der Mindestzölle für die vier Hauptgetreidearten im Zolltarifgesetz gesichert ist, beläuft sich auf eine ganz ungeheure Summe und wird es vielen Tausenden nicht ganz sicher auf den Füßen stehenden Existenzen schon durch Festigung der Güterpreise und der Kreditfähigkeit möglich machen, sich aufrecht zu erhalten. Daß auch was ihre übrigen wichtigen Erzeugnisse anlangt die Landwirtschaft bei dem Abschluß neuer Handelsverträge besser als bisher gestellt werden wird, kann im Ernst kein Mensch bezweifeln. Die verbündeten Regierungen und die leitenden Staatsmänner des Reichs haben doch wahrhaftig auch dafür alle erdenkliche Garantie geboten. Bei nüchtern geschäftlicher Beurteilung der Lage sagt sich das die große Mehrzahl der intelligentern Landwirte auch wohl selbst, und es ist eigentlich kaum zu begreifen, wie trotzdem die Möglichkeit vorhanden ist, daß sich die landwirtschaftlichen Wähler am 16. Juni durch ihre eigne Torheit dieser überaus günstigen Chance für lange Zeit, vielleicht für immer berauben könnten. Wenn die deutschen Landwirte durch die Wahlen zum Reichstag die von den verbündeten Regierungen zu vereinbarenden neuen Handelsverträge zu Fall bringen sollten, so werden sie sich selbst die schwerste Wunde schlagen und neben dem Schaden den verdienten Spott der grundsätzlichen Agrarschutzfeinde der Linken ernten. Der 16. Juni droht für die deutsche Landwirtschaft ein kritischer Tag erster Ordnung zu werden. Nur bei gründlicher Umkehr zu Ruhe und Besonnenheit wird eine der folgenschwersten Torheiten vermieden werden.

Daß durch den von den Regierungen hinreichend garantierten höhern Agrarzollschutz die Notlage der deutschen Landwirtschaft mit einem Schlage in sorgenfreie Behäbigkeit umgewandelt werden wird, oder daß gar die unvergleichlichen Gewinnchancen der sechziger Jahre für das landwirtschaftliche Gewerbe zurückgezaubert werden können, erwartet niemand. Aber man soll nun wenigstens aufhören, von dem Ruin der deutschen Landwirtschaft zu reden. Diese Redereien sind auch heute schon schnöder Undank gegen das Geschick und gegen die Regierung. Trotz der zwanzigjährigen Agrarkrisis ist der deutsche Getreidebau auch nicht um ein Hektar eingeschränkt worden, hat die deutsche Viehzucht einen geradezu glänzenden Aufschwung genommen, ist die deutsche Forstwirtschaft fortlaufend lohnender geworden. Das sollte am 16. Juni in Riesenlettern über jedes ländliche Wahllokal geschrieben werden, damit die künstliche Aufregung und Unvernunft nicht einen tief zu beklagenden Sieg über den gesunden Menschenverstand erringt. Auf einzelne Tatsachen einzugehen wird sich in nächster Zeit Gelegenheit finden.

**Am Effektenmarkt.** Die neue 3prozentige Deutsche Reichsanleihe im Betrage von 290 Millionen Mark ist an das sogenannte große Preußenkonsortium begeben worden und wird in allernächster Zeit zu einem Zeichnungspreise von 92 Prozent aufgelegt werden. Obgleich an dem 3prozentigen Zinssatz festgehalten worden ist — woran übrigens von keiner Seite ernsthaft gezweifelt wurde —, kann man einen guten Erfolg erwarten. Wenn die 3prozentigen Anleihen des Reichs und Preußens im Jahre 1892 fünfzigfach überzeichnet wurden, so wollen solche Überzeichnungsgrade für den Sachkundigen nicht allzuviel sagen. Sollte auch die Überzeichnung von 1903 niedriger ausfallen, so kann trotzdem der Erfolg nicht weniger groß und erfreulich sein als 1892. Klar kommt einem bei dieser Gelegenheit wieder der rein formelle Charakter der sogenannten Reichsfinanznot zum Bewußtsein. Die Finanzlage und die Kreditfähigkeit des Deutschen Reichs, die wesentlich auf der Lage der Einzelstaaten beruht, ist sachlich so vorzüglich, daß

nur völlige Unkenntnis sie nicht der Finanzlage der bestsituierten europäischen Kulturstaaten als gleich oder überlegen anzuerkennen vermöchte, wenn es auch den heutigen steuerpolitischen Gesetzgebern aus ganz unsachlichen Gründen augenblicklich nicht leicht wird, die reichlich vorhandenen Schätze für die laufenden Bedürfnisse des Reichs zu heben, und sie deshalb vielleicht mehr als nötig zur Anleihendeckung zu greifen geneigt sind. Die Finanzstatistik des Reichs und der Einzelstaaten, die in den Grenzboten vom 12. Februar dieses Jahres in einem Aufsatz über den „Reichshaushalt und die Finanzen der Bundesstaaten“ eingehender gewürdigt worden ist, zeigt handgreiflich, daß sich das deutsche Volk vor allem einer in hohem Grade geschonten Steuerkraft erfreut, und daß die scheinbare Höhe der natürlich verhältnismäßig schnell gewachsenen Reichsschulden durch die einfache Tatsache jeder unerfreulichen Bedeutung beraubt wird, daß Preußen — bei einem selbst in schlechten Zeiten großen Eisenbahnüberschuß — überhaupt nur Eisenbahnschulden aufzuweisen hat, und auch fast in allen übrigen Bundesstaaten die Verzinsung der Staatsschulden bei weitem nicht der Höhe der Erwerbseinkünfte — im Unterschiede von Steuern aller Art — gleichkommt. Schon in dieser Beziehung ist Deutschland verhältnismäßig sehr günstig situiert im Vergleich mit Frankreich und auch mit England, die — bei einem freilich größern Nationalreichtum — zeh- und fünfmal mehr Schulden haben als das Deutsche Reich. Bei dem gegenwärtigen Stande der Geldflüssigkeit haben wir absolut kein Bedürfnis und Verlangen nach der Beteiligung ausländischen Kapitals an der neuen Reichsanleihe, wie dies — wenigstens nach Ansicht der maßgebenden Kreise — vorübergehend unter den abnormen Verhältnissen des Sommers 1900 der Fall war, wo 80 Millionen deutscher Schuldverschreibungen mit einem Zinsfuß von 4 Prozent im Ausland untergebracht wurden. Jedenfalls ist die Deutsche Reichsanleihe ein Rentenpapier allerersten Ranges, und der deutsche Kapitalmarkt ist durchaus in der Lage, den jetzt aufgelegten Betrag von 290 Millionen Mark bereitwilligst aufzunehmen.

Der Stand der Dividendenpapiere, namentlich der Industripapiere, könnte dabei vielleicht etwas in Betracht kommen. Der „Deutsche Ökonomist“ sagte in seiner letzten Nummer nicht mit Unrecht, daß sich die Kurse der Rentenpapiere und die der Dividendenpapiere im allgemeinen zueinander verhielten wie die beiden Schalen einer Waage; stiegen jene, so sanken diese; das Sinken der Kurse der Dividendenpapiere sei in der Regel die Bedingung für das Steigen der festverzinslichen Werte. Nun haben wir zur Zeit — kaum ist der Jammer über den schweren Rückschlag verhallt — in den wichtigsten Industripapieren schon wieder eine reguläre „Hausse“, die in mehr als einer Beziehung zu denken gibt, und mit der, mag sie vernünftig oder unvernünftig sein, bei der zu erwartenden „Überzeichnung“ der neuen Reichsanleihe zu rechnen ist. Unstreitig muss nach dem ganzen Verlauf des letzten Wirtschaftshalbjahrs angenommen werden, daß der schwere Rückschlag, der im Jahre 1901 für die Industrie und den Handel Deutschlands in besonderm Grade nach dem übertriebnen „Aufschwung“ des vorhergehenden Jahres zur augenfälligen Tatsache wurde, nicht zu einem dauernden Siechtum geführt hat, sondern schon einem Stillstand im Niedergang, wenn nicht einer neuen Aufwärtsbewegung Platz gemacht hat. Stillstand bedeutet in solchen Krisen in der Regel den Anfang des Fortschritts, nur darf der Rekonvaleszent nicht vorzeitig über die Schnur hauen. Das tut nun die deutsche Industrie selbst keineswegs, aber die Spekulation in deutschen Industripapieren tut es ganz entschieden, und wenn diesen Dummheiten nicht bald ein Dämpfer aufgesetzt wird, so werden nicht nur die Herren Spekulanten über kurz oder lang eine Masse Geld verlieren — worüber sie sich nicht zu beklagen haben werden —, sondern auch die Wiedererstarkung unsers ganzen Wirtschaftslebens kann dadurch arge Nackenschläge und Störungen bekommen. Ganz besonders lebhaft ist die neue „Hausse“ in den Dividendenpapieren der Eisenindustrie und den damit zusammenhängenden Montanwerten, und zwar, wie fast alle Fachleute und Fachblätter wissen, hauptsächlich auf Grund der starken Ausfuhr. Es verlohnt sich, daraufhin die Statistik unsers auswärtigen Handels etwas genauer anzusehen.

Die deutsche Handelsbilanz ist in den „schlechten“ Jahren nach 1900 „besser“ geworden, wenn man, wie landläufig, unter Besserung die Zunahme der Ausfuhr im Verhältnis zur Einfuhr versteht. In Heft 47 der Grenzboten vom 20. November vorigen Jahres ist diese Erscheinung bis Ende September 1892 verfolgt und beleuchtet worden, hier mögen folgende auf die Eisenindustrie bezüglichen Zahlen herangezogen werden.

An Eisen- und Eisenwaren überhaupt betrug in den Jahren

	1902	1901	1900	1899	1898
	(Millionen Doppelzentner)				
die Einfuhr	2,69	4,01	9,83	8,40	5,24
die Ausfuhr	33,09	23,47	15,49	15,10	16,26
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>30,40</b>	<b>19,46</b>	<b>5,66</b>	<b>6,70</b>	<b>11,02</b>

In den Monaten Januar und Februar 1903 hat sich die eigentümliche Bewegung der Zahlen weiter fortgesetzt. Um die Natur dieser Erscheinung zu verstehn, sind noch folgende Zahlen zu beachten. Es betrug in den Jahren

	1902	1901	1900	1899	1898
	(Doppelzentner)				
	an Bruch Eisen und Eisenabfällen:				
die Einfuhr . .	319 503	263 629	1 003 832	631 408	233 278
die Ausfuhr . .	1 689 088	1 533 987	610 956	531 027	850 954
<b>Mehreinfuhr</b>	—	—	<b>492 876</b>	<b>100 381</b>	—
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>1 369 585</b>	<b>1 270 358</b>	—	—	<b>617 676</b>
	an Roheisen:				
die Einfuhr . .	1 430 400	2 675 033	7 267 119	6 126 518	3 845 607
die Ausfuhr . .	3 472 563	1 504 475	1 294 086	1 820 907	1 873 751
<b>Mehreinfuhr</b>	—	<b>1 170 558</b>	<b>5 973 033</b>	<b>4 305 611</b>	<b>1 971 856</b>
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>2 042 163</b>	—	—	—	—
	an Eck- und Winkeleisen:				
die Einfuhr . .	1 841	6 707	8 271	8 984	2 073
die Ausfuhr . .	3 821 217	3 424 471	2 156 413	2 211 649	2 047 053
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>3 819 376</b>	<b>3 417 764</b>	<b>2 148 142</b>	<b>2 202 665</b>	<b>2 044 980</b>
	an Eisenbahnschienen:				
die Einfuhr . .	1 359	5 449	3 428	13 186	2 669
die Ausfuhr . .	3 668 147	1 809 775	1 556 564	1 098 131	1 238 237
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>3 666 788</b>	<b>1 804 326</b>	<b>1 553 136</b>	<b>1 084 945</b>	<b>1 235 618</b>
	an schiedbarem Eisen in Stäben u. dergl.:				
die Einfuhr . .	245 788	225 176	378 092	371 793	260 142
die Ausfuhr . .	3 612 156	3 295 132	1 725 326	1 939 328	2 636 930
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>3 366 368</b>	<b>3 069 956</b>	<b>1 347 234</b>	<b>1 567 535</b>	<b>2 376 838</b>
	an Kuppeneisen, Rohschienen, Impols:				
die Einfuhr . .	15 486	16 656	27 776	13 412	15 534
die Ausfuhr . .	6 364 267	2 017 163	336 270	234 379	349 636
<b>Mehrausfuhr</b>	<b>6 348 781</b>	<b>2 000 507</b>	<b>308 494</b>	<b>220 967</b>	<b>334 102</b>

Die aus diesen Zahlen hervorgehende gewaltige Steigerung der Mehrausfuhr von Rohmaterialien und groben Halbfabrikaten der Eisenindustrie, die sich übrigens in den Monaten Januar und Februar 1903 fortgesetzt hat, hat von vornherein das Gepräge der Unnatürlichkeit und Unbeständigkeit an sich. Bei allen übrigen Fabrikaten dieser Industrie zusammengenommen ist eine ähnliche Erscheinung nicht annähernd zu erkennen, obgleich auch bei ihnen zum Teil die Ausfuhr etwas zugenommen hat. Es besteht kein Zweifel darüber, daß diese abnorme Bewegung der Mehrausfuhr die Folge einer im Verhältnis zu der in den Aufschwungsjahren übermäßig gesteigerten Erzeugung und Verarbeitung von Eisen stark geschwundenen Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarkts ist, gefördert durch eine außerordentliche und nicht vorauszusehende Steigerung des Bedarfs im Auslande, an deren Bestand nicht zu denken ist. Wirkte dieser abnorme Export bisher günstig, weil er den innern Markt entlastete und größerer Arbeitslosigkeit vorbeugte, so erfolgte er doch vielfach zu kaum noch Gewinn bringenden Preisen, und es würde geradezu als ein Unglück angesehen werden müssen, wenn die deutsche Eisenindustrie selbst so töricht wäre, auf seine Dauer zu rechnen. Wir trauen ihr das nicht zu, mag die Spekulation in den betreffenden Industrierpapieren auch im Augenblick daran zu glauben scheinen. Namentlich muß diese Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika durchaus nur als ein vorübergehendes Gelegenheitsgeschäft angesehen werden, das man faute de mieux mitnimmt. Ja wir werden uns glücklich schätzen müssen, wenn nicht in naher Zukunft dem übertriebenen Einfuhrbedürfnis der Union an Eisen und Halbfabrikaten daraus ein noch gewaltigeres Ausfuhrbedürfnis folgte, das uns mit Eisenfabrikaten zu Schleuderpreisen zu überschwenmen versucht. Jedenfalls ist dem größern Publikum die äußerste Zurück-

haltung der Hausse in Eisenindustriepapieren zu empfehlen, wie ja überhaupt nur der wohlhabende Privatmann Industriewerte kaufen soll, der sich entweder über Geldverluste nicht ärgert, oder sich unausgesetzt durch das Studium zuverlässiger Fachblätter über den innern Wert der einzelnen Unternehmungen vor allzu großen Verlusten bewahren kann. Aber wer tut das heute in Deutschland? Nicht einmal die Mehrzahl der kleinen und mittlern Bankiers. Wenn sie die „Meinung“ an der Börse halbwegs kennen, so genügt ihnen das, mag diese Meinung auch nur bis morgen oder übermorgen reichen und sachliche Gründe überhaupt nicht haben. Es ist ein Krebschaden unsers Effektenmarkts, daß das spekulierende und ebenso das auf dauernde Kapitalanlagen bedachte Publikum sich blindgläubig so sehr jeder eignen Prüfung entschlägt, zu der doch Blätter, wie beispielsweise der schon oben genannte „Deutsche Ökonomist,“ im allgemeinen eine ausreichende Unterlage bieten.

Was die Banken anbetrifft, so bieten die in den letzten Wochen erschienenen Jahresberichte zahlreicher Aktienunternehmungen ein im ganzen recht erfreuliches Bild, wenn die Erträge auch vielfach gegen die der „Aufschwungsperiode“ bis 1900 zurückstehn. Es soll heute auf einzelne Unternehmungen noch nicht eingegangen werden. Jedenfalls ist jetzt so viel klar, daß die deutschen Bankinstitute, vor allem die großen Berliner Gesellschaften, eine ungeheure und nicht zum geringsten Teile segensreiche Bedeutung für das deutsche Wirtschaftsleben gewonnen haben. Gerade der Verlauf der jüngsten Krisis hat gezeigt, daß nichts ungerechter ist, als die schweren Vergehungen, deren einzelne zu Unrecht in leitende Stellungen gelangte Persönlichkeiten sich zum Schaden vieler Unschuldiger schuldig gemacht haben, zur Diskreditierung unsrer Banken und ihrer Leiter überhaupt auszubeuten. Und nichts ist törichter, als durch ab irato verlangte und leider teilweise auch durchgesetzte unnötige gesetzliche Fesseln das deutsche Bank- und Börsenwesen in seinen wesentlichsten Funktionen lähmen zu wollen. Man sollte sich in dem auf die Ehre geradeso bedachten Kreise der Bank- und Börsenfeinde etwas mehr bewußt werden, daß der Neid, auch da, wo er wirtschaftspolitische Gehässigkeit gegen Personen und Einrichtungen erzeugt, wahrhaftig nicht schön ist.

Die Handelsvertragsfrage scheint vorläufig auf dem Effektenmarkt so gut wie gar keine Rolle zu spielen, wenn auch in den an ihm vorwiegend interessierten Blättern gelegentlich immer wieder einmal gesagt wird, daß der Markt unter der in Bezug auf diese Frage herrschenden Unsicherheit sehr leide. Unzweifelhaft ist es für alle Teile unsers Wirtschaftslebens in hohem Grade wünschenswert, daß wir möglichst bald zu neuen langfristigen Handelsverträgen gelangen. Aber ebenso wie für die Landwirtschaft erwächst auch für Handel und Industrie daraus die Aufgabe, bei den Wahlen am 16. Juni dem Abschluß neuer Handelsverträge keine unnötigen Hindernisse zu schaffen. Sie werden gut tun, den Gedanken, daß auf Grund des neuen Tarifs abgeschlossene Handelsverträge mit dem Gedeihen der deutschen Industrie und des deutschen Handels unvereinbar wären, endlich als absurd nicht nur fahren zu lassen, sondern auch nach Kräften bei den städtischen Wählermassen zu bekämpfen. Daß die Ablehnung der von den Regierungen vereinbarten neuen Verträge die mit Recht schon jetzt beklagte handelspolitische Unsicherheit gewaltig steigern und ins Unabsehbare verlängern würde, darüber können doch die Kaufleute nicht im unklaren sein. Und doch ist bei ihnen die Gefahr, daß sie am 16. Juni Torheiten begehn und begehn lassen werden, ebensowenig ausgeschlossen wie bei den Ultraagrariern.

Zum Schluß sei es als ein besonders erfreuliches Anzeichen registriert, daß die leidige Währungsfrage, die bisher in den wirtschaftspolitischen Programmen der zur Zeit mächtigsten Parteien regelmäßig eine Rolle spielte, in den zahlreichen Kundgebungen dieser Parteien aus der jüngsten Zeit so gut wie gar nicht erwähnt wird. Der Bimetallismus, der früher als eins der „großen Mittel“ von den Parteiagrariern betont wurde, scheint endlich, wie sich gehört, der Rumpelkammer überwiesen zu sein.

